

Lichtenstein-Cöllnberger Tageblatt

Anzeiger für Lichtenstein-Cöllnberg, Sobndorf, Rößlich, Bernsdorf, Räsdorf, St. Egidien, Bezirksort, Marienau, den Müllengrund, Rübchnappel und Tirschbeim.

Erscheint täglich, außer Sonn- und Feiertags, nachmittags. — Bezugspreis: 20.— M. monatlich frei ins Haus, durch die Post bezogen 60.— M. vierteljährlich. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, sämtliche Postämter, Briefträger und unsere Zeitungsträger entgegen. — Einzelnummer 80 Pfa.



Anzeigenpreis: Die sechsseitige Grundzeile wird mit 2.— M. für auswärtige Besteller mit 2,25 M. berechnet. Im Reklam- und amtlichen Teile kostet die dreiseitige Zeile 4,50 M., für Auswärtige 5.— M. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 9 Uhr. Fernsprecher Nr. 7. Drahtanschrift: „Tageblatt“. Postfachkonto Leipzig 86 697.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und der Anwaltschaft, sowie des Stadtrates zu Lichtenstein-Cöllnberg. Druck u. Verlag von Otto Koch & Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., Inh. Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., zugleich verantwortlich für den gesamten Inhalt des Blattes.

Nr 120

Mittwoch, den 24. Mai 1922

72. Jahrgang.

Wiegestunde für Kinder unter 1 Jahr von A-H findet Freitag, den 26. Mai 1922, nachm. 1/2-1/4 Uhr im Cöllnberger Rathaus statt. Das Wohlfahrtsamt.

Kurze wichtige Nachrichten.

Im Reichstage wurde gestern über den Haushalts des Reichsfinanzministeriums beraten.
Die Frage der Krisenbedingten wird nach einer Erklärung Chamberlains gegenwärtig unter den Ministern verhandelt.
Der französische Ministerrat hat die Anträge der Stadtvertretungen von Kolmar und Mühlhausen, in den dortigen Staatschulen die deutsche Sprache wieder als zweite Unterrichtssprache zuzulassen, abgelehnt.
Die Verhandlungskommission in Polen, die auf Grund des Verlaufs der Friedensverträge ihre Tätigkeit ausübt, hat zehn deutschen Eigentümern mitgeteilt, daß sie bis zum 10. Juni d. J. auf dem Liquidationswege ihre Güter zu verkaufen haben.
Auf dem Parteitag der Großdeutschen Volkspartei leitete der Präsident Dr. Dingeldey den politischen Bericht, in dem er darauf hinwies, daß im östereich-amerikanischen Friedensverträge das Fehlen der Unabhängigkeit Österreichs festgelegte Bestimmungen gemäß Artikel 80 des Verlaufs Verträge ein erkennbares Zeichen sei. Damit erwiderte also das Selbstbestimmungsrecht Österreichs als gewahrt.
Der bei Breit untergegangene englische Volkswagen „Panor“ führte 1 1/2 Millionen Franken in Goldmünzen mit sich. Von der gesamten Botschaft wurde nur ein nach Indien bestimmter Volkswagen gerettet. Die Botschaft, an der das Unglück geschah, ist 190 Meter tief.

Die Anleihefrage im Rollen.

London, 23. Mai. Das Interesse der englischen Finanz- und Handelswelt ist jetzt ausschließlich den in Paris beginnenden Verhandlungen im Anleiheauschuss der Reparationskommission zugewandt. Von ihrem Ergebnis erwartet man die Entscheidung, ob nun endlich ein erster praktischer Schritt zur Wiederherstellung der wirtschaftlichen Weltordnung gemacht wird. Mit dieser Frage sind daher heute die wirtschaftlichen Spalten aller Blätter angefüllt.

„Morning Post“ sagt, das wichtigste Anzeichen sei, daß die amerikanischen Bankiers endlich den Zeitpunkt praktischer Lösungsmöglichkeiten für gekommen erachten. Wenn in Morgan sich selber über das Weltmeer bemühe, so tue er dies gewiß nicht bloß, um nur theoretische Erörterungen zu suchen. Daß er große Schwierigkeiten zu überwinden finden werde, wisse er wohl nicht am besten. Die ganze Anleihefrage sei direkt abhängig von der offiziellen Antwort, die Deutschland auf die Forderungen der Reparationskommission vor dem 31. Mai zu erwarten habe. Deutschland müßte sich dabei sagen, daß die unvermeidliche Finanzkontrolle im Falle einer Anleihe eine Kontrolle auf rein geschäftlicher Basis zwischen Gläubigern und Schuldner darstellen würde, ohne jeden Begriff einer Beeinträchtigung der politischen und administrativen Souveränität Deutschlands.

Das Blatt verweist dann wieder auf die gestrige halbamtliche Erklärung aus Washington, die Associated Press verbreitet hat. Diese Erklärung bedeute die Bereitschaft, die ganze Kriegsschuldenfrage, also auch unter Umständen das Problem einer gegenseitigen Schuldenerlassung, zusammen mit europäischen Sachverständigen aufzutrollen, wenn der erste Schritt, die Verhandlungen über die Reparationsanleihe, Erfolg gehabt habe.

Der „Evening Standard“ schreibt, wenn beidseitig werden sollte, Deutschland eine Anleihe zu gewähren, dann dünne es als sicher anzusehen werden, daß die gesamte europäische Lage eine Wendung zum Besseren nehmen werde.

Die Wirkung auf den Markt.

Berlin, 23. Mai. Die Meldung, daß Morgan die Anleihe- und Reparationsfrage energisch bearbeitet, verursachte an den Börsen eine günstige Beurteilung der deutschen Mark, die sich fast überall kräftig erholen konnte. In London und Paris hofft man, daß die internationalen Finanzen, nachdem die Amerikaner durch Morgan eingestiegen haben, mehr und mehr in Ordnung gebracht werden können.

Hermes kommt nach Berlin.

Berlin, 23. Mai. Minister Dr. Hermes wird seine Pariser Besprechungen mit der Reparationskommission durch

eine Berichterstatterreise nach Berlin unterbrechen. Der Minister wird am Donnerstag hier erwartet. Die Reise war von Anfang an geplant. Es ist demnach, wie wir hören, unzutreffend, wenn an sie Kombinationen in bezug auf den Gang der Besprechungen in Paris geknüpft werden. Das Reichskabinett hat sich wiederholt mit den Pariser Besprechungen befaßt. Die unterrichteten amtlichen Stellen weisen eine Beurteilung der augenblicklichen Lage nach der Art der Pariser Presse aber von sich, die Berichte über eine Annäherung in gewissen Punkten sind verfrüht. Man kann sagen, die Verhandlungen stehen gut, wenn das, was in Paris vorbereitet ist, die Billigung des Kabinetts und der Parteien findet. Sie stehen aber nicht gut, wenn diese Billigung nicht möglich ist. Es handelt sich bei der augenblicklichen Lage um ein Zwischenstadium, das nicht nach einer festen Form beurteilt werden kann.

Über den tatsächlichen Inhalt der Verhandlungen, die Hermes führt und die Gegenstand der Kabinettsbesprechungen gewesen sind, wird nach Stillschweigen bewahrt.

Das Reparationsproblem.

Berlin, 23. Mai. Die gestrigen Beratungen im Reichskabinett über die Reparationsfrage trugen vertraulichen Charakter. Eine parlamentarische Information aus Kreisen der Mehrheitspartei, die aber nicht nachzuprüfen ist, behauptet, daß das Kabinett noch am Montagabend neue Zugeständnisse für die Reparationskommission an Herrn Hermes telegraphisch übermittelt hat.

Paris, 23. Mai. Heute wird unter dem Vorsitz des belgischen Vertreters in der Reparationskommission, Delecroix, und unter Leitung der Kommission selbst ein europäisch-amerikanischer Finanzausschuss zusammentreten, um die Mittel zu prüfen, welche Deutschland beihilflich sein sollen, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Die Finanzleute werden versuchen, sich über die Bedingungen zu einigen, unter welchen es möglich ist, Deutschland die pecuniäre Hilfe zu bringen, deren es bedarf.

Deutsches Reich

Die Regierung gerettet.

Dresden. Die Sächsisch-Böhmische Korrespondenz erzählt, von ununterrichteter Seite erfahren zu haben, daß es in der gemeinsamen Sitzung der drei Regierungsparteien recht stürmisch hergegangen sei. Sie berichtet weiter: „Minister Jellisch übte zusammen mit anderen an den bekannten vier Forderungen der Kommunisten scharfe Kritik und wies u. a. darauf hin, daß Sachsen dem Reiche gegenüber in bestimmten Fällen geradezu verpflichtet sei, die Nothilfe einzusetzen. Gegen eine abermalige Annexion wurden wegen der vielen schlechten Erfahrungen lebhaft Bedenken laut. Schließlich aber beschloß man, noch einen Versuch zu machen, die Einheitsfront zu erhalten und wählte aus jeder Fraktion einen Vertreter, die zusammen mit den an den Forderungen beteiligten Ressortministern über die Erfüllung der kommunalistischen Forderungen beraten sollen. Diese Besprechungen fanden am Sonnabend mit den Ministern Lipinski, Jellisch und Dr. Zeigner statt und führten zu einer starken Annäherung, die bis zu einem gewissen Grade einer Annahme der Forderungen gleichkommt. So will man z. B. zwar keine eigentliche Annexion durch Gesetz, aber der Landtag wird eine Entschädigung zugunsten einer Annexion annehmen, auf Grund deren dann Begnadigungen erfolgen sollen unter Ausschluß aller Fälle, die auf Eigennutz, Rohheit usw. beruhen. Außer politischen sollen auch Roidelitte und ähnliche Fälle berücksichtigt werden. Ähnlich sind die anderen Abmachungen, so daß die Kommunisten einen starken Erfolg buchen können. Sie sind nunmehr bereit, die Regierung weiter zu unterstützen und auf Landtagsauflösung zu verzichten.“ Die hiesige Unabhängige Volkszeitung erklärte schon dieser Tage bei Besprechung der derzeitigen Lage in Sachsen: „Aber es kommt für uns nur proletarische Politik in Frage. Unsere Auffassung schließt eine Verbindung mit dem Bürgertum aus. Hoffentlich tritt wenigstens nicht in Sachsen der Fall wieder einmal praktisch in Erscheinung, daß im Verlaufe der Koalitionspolitik die Arbeiterbewegung schwer geschädigt wird.“ Ein weiterer Grund für die Einigung mit den Kommunisten um jeden Preis war wohl der Wunsch, Neuwahlen solange als möglich zu vermeiden. Auf

der Landesversammlung der U.S.P. Groß-Dresden erklärte der Bezirkssekretär, daß mit dem gegenwärtigen Wahlfonds kaum ein Flugblatt bezahlt werden könne.

Das Schulbedarfsgeheh.

Der Rechtsausschuss des Landtages lehte die allgemeine Beratung über das Schulbedarfsgeheh mit Kommentaren des Kultus-, Wirtschafts- und Finanzministeriums fort. Eine lebhafteste Aussprache entspann sich über die im Entwurf gelegten Klassenstärken und Wochenstundenzahlen in Volksschulen und Fortbildungsschulen, die starke Abweichungen in den Anschauungen der einzelnen Minister erkennen ließen, während zwischen den Parteien nicht unüberbrückbare Gegensätze zutage traten. Die allgemeine Weiterberatung wurde auf Mittwoch früh 10 Uhr festgelegt. Beschlüsse wurden noch nicht gefaßt.

Deutsch-französische Schiedsgerichtshandlungen.

Berlin. Im ehemaligen Schwurgerichtssaal des Landgerichtsgebäudes in Dresden begannen die Verhandlungen des dritten Senats des deutsch-französischen Schiedsgerichtshofes, der sich mit der Festsetzung der Ansprüche französischer Staatsangehöriger zu beschäftigen hat, die diese gegen das Deutsche Reich zu haben glauben. Als Vertreter des Deutschen Reiches nahm Geheimrat Justizrat Dr. v. Hagens-Berlin, als Vertreter des französischen Staates Comperiere-Paris, als neutraler Vertreter Präsident Juffer-Amsterdam, als deutscher Richter Geh. Justizrat Dr. Felix Bondi-Dresden, als französischer Richter Gaudelophe-Paris teil.

Reichsverband der Deutschen Industrie.

Der heutige zweite Verhandlungstag des Reichsverbandes der deutschen Industrie wurde von Generaldirektor Frobenius-Düsseldorf in Hamburg eröffnet. Im Rahmen der Diskussion sprach Staatssekretär Dr. August Müller über das russische Problem und über seine in einem längeren Aufenthalt in Rußland gewonnenen persönlichen Kenntnisse der heutigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse. Seine Rede hing aus in folgendem Satze: Es sei für die deutsche Industrie ein Gebot kluger Voraussicht, das russische Problem als eine große Aufgabe anzusehen, an der sie beteiligt sein müsse. Man müsse aber wissen, daß die Dinge in Rußland außerordentlich schwierig liegen, weil die Volkswirtschaft durch den Kommunismus außerordentlich ruiniert sei. Direktor Hans Kramer, Mitglied des Präsidiums des Reichsverbandes der deutschen Industrie und des Reichswirtschaftsrates sprach über Industrie und Welthandel. Prof. Dr. Warmbold-Berlin erstattete ein Referat über Industrie und Landwirtschaft.

Russland.

Rüstungen im fernem Osten.

Moskau. Aus dem Abschnitt Tschita wird gemeldet, daß die Japaner die Landung der 18. Division in Wladivostok in diesen Tagen beendet haben. In den nächsten Wochen wird das Eintreffen der 9. Division erwartet, wodurch die Zahl der im fernem Osten befindlichen Truppen auf 100 000 Mann steigen wird. — Gleichzeitig sind die Japaner mit den Truppenzusammenschließungen längs der ostchinesischen Bahn beschäftigt und entwickeln auch eine stehhafte Tätigkeit in Chabin.

Russische Rechtsordnung.

Moskau. Auf der Tagung des Zentralvollzugsausschusses der Sowjets wurden die Gesetzentwürfe über das Eigentumsrecht sowie die Einrichtung der Staatsanwaltschaft und Rechtsanwaltschaft erörtert. Der Gesetzentwurf, der die von der Sowjetrepublik anerkannten und durch ihre Gesetze und Gerichte geschützten grundlegenden Eigentumsrechte festsetzt, geht von dem Prinzip aus, daß einzig der Staat ein Recht auf Boden hat und daß bei Privatpersonen nur das Recht auf Besitz von nichtmonopolisiertem Eigentum anerkannt werden könne. Boden, auf dem Gebäude errichtet wurden, könne nur auf eine bestimmte Zeit vermietet werden. Besitzer von Immobilien haben das Recht, sie zu vermieten. Ebenso wird das Recht auf den Besitz von

Bankhaus
Heinze,
Lichtenstein-Cöllnberg.
22,5
77,50
74,50
112
82
94,25
86
89,75
77,50
90
112,25
93
107,50
1200
403
600
1225
1601
481
80
324,50
1175
408
670
2275
Brot 1,— Mf.
Brot 7,50 Mf.
Brot 6,50
2,50
20,—
35,—
8 Pfg.
Brot 1,— Mf.
Lichtenstein-Cöllnberg und Umg.
Brot 1,— Mf.
Brot 7,50 Mf.
Brot 6,50
2,50
20,—
35,—
8 Pfg.
Brot 1,— Mf.
Lichtenstein-Cöllnberg und Umg.